

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 113 (1987)
Heft: 30

Rubrik: Bundeshuus-Wösch

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 27.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Die Schuldigen sind gefunden

Kein Herz für wilde Tiere hat der Bundesrat, soll doch im Bündnerland der Hirschbestand von 15 000 Tieren schussweise in einer Hexenjagd, pardon: Hegejagd, auf 10 000 «Stück» reduziert werden. Ein Bundesbeamter namens Blankenhorn hat zur Jagd geblasen. (Das ist kein Witz, sondern der eidgenössische Jagdinspektor!) Auch den wahren Grund, die edlen Hirsche für vogelfrei zu erklären, hat der Bundesrat bekanntgegeben: Die Hirsche nämlich sind schuld am fortschreitenden Waldsterben.

Mitgehen in Auberts Klemme

Nachdem Ende 1986 der damalige Leiter des Katastrophenhilfskorps, Eduard Blaser, von Bundesrat Aubert seines Amtes

enthoben wurde, ohne dass Blaser vorher angehört worden wäre, ergab nun der inzwischen angefertigte Untersuchungsbericht, dass Blaser nichts vorzuwerfen sei, womit diese Entlassung gerechtfertigt werden könnte. Ganz im EDA-Stil wurde auch diese Feststellung wieder einmal nur hintenherum rufbar – via Indiskretion über die *Weltwoche*. Die *NZZ* mutmasst in einem Kommentar sogar, diese Art der Veröffentlichung eines unter Verschluss gehaltenen Berichtes sei vom Departement Aubert absichtlich so eingefädelt worden. So oder so: Aubert ist nun in der Klemme, wie er der Öffentlichkeit sein damaliges vorschnelles Vorgehen bei Blasers Entlassung erklären soll. Am 12. August muss das zunächst gegenüber dem Bundesrat geschehen. Der hat nämlich – im Vertrauen auf Auberts Darstellung – des Ausenministers Handlungsweise immer gutgeheissen. Mit Aubert hängen nun auch die Kollegen etwas schitter in der Sache drin.

Saurer Schlamm

Mitten in die Sauregurkenzeit platzt der Boykott-Aufruf der Zuckerrübenbauern, künftig als Protestaktion gegen die bundesrätlichen Preiszugeständnisse im Agrarbereich keinen Klärschlamm mehr zu übernehmen. Diese Protestaktion eröffnet einen neuen politischen Stil – die Bundesräte werden künftig ihre Hausgärten so einzurichten haben, dass sie jederzeit in der Lage sind, Schutt und Schlamm frustrierter Bürger umweltgerecht gleich hinterm eigenen Haus zu lagern. Die Schlammschlacht als politische Disziplin ist bekanntlich keine neue Erfindung: Bereits im Vorfeld der Wahl von Bundesrätin Kopp gab es diese Form des politischen Hosenlupfs.

Referenden auf Vorrat

Peter Clavadetscher, Direktor des Gewerbeverbandes in Bern, will das Volk zur Urne zwingen. Sein Aktivismus, der darauf schliessen lässt, dass es ihm ernst ist mit seiner Kandidatur für den Nationalrat, macht vor nichts halt. Eben erst haben er und die Seinen das Referendum gegen die Mutterschaftsversicherung eingereicht, worüber im Dezember abgestimmt wird, und alsogleich die nächsten beiden Referenden bereits öffentlich bekanntgemacht. Erstens ein Referendum gegen erhöhte Lohnabzüge zur Finanzierung der 10. AHV-Revision und zweitens das Referen-

dum gegen die Sozialcharta, die im Nationalrat auf dem besten Weg ist, ratifiziert zu werden.

Zum Wohlsein

Die hochsommerliche Nachrichtenflaute im Bundeshaus dient allen Bundesämtern dazu, nun endlich ihre sorgsam gehüteten Statistiken loszuwerden, auf dass sie anderntags die spärlichen Seiten der sommerlich geschwächten Zeitungen füllen. So vernahm man dieser Tage, dass immer mehr Bauern über einen Berufsabschluss verfügen, dass der Kanton Zug immer noch helvetisches Steuerparadies ist, dass der Schutzraumbau in ländlichen Gebieten nicht mit städtischen Agglomerationen gleichziehen kann und dass nach wie vor sehr viele Schweizer ihrem Heimatland Ade sagen und auswandern. Aufschlussreich war immerhin die Begründung: Vielen Schweizern sei es im eigenen Land schlicht und einfach zu eng geworden. Der Auftrag ans zuständige Bundesamt für Raumplanung wird klar: Raum schaffen für beengte Schweizer – das Bundesamt für Geistiges Eigentum sorgt parallel für die fürs Wohlfinden nötigen *geistigen* Freiräume ...

Langsamer Schnellschuss

Der Zürcher CVP-Nationalrat Paul Eisenring findet völlig zu recht, dass die Autobahnreparaturen viel zu langsam vonstatten gehen. Der Staus überdrüssig, hat er seinen Einfluss wahrgenommen und an höchster Stelle des Landes interveniert. Hochoffiziell fordert Eisenring den Bundesrat auf, die Bauarbeiter der Kantone zur Eile anzutreiben. Die Autofahrer dürfen aufatmen, jetzt geht sicher etwas, und wie schnell, zeigt ein Blick auf das ordentliche Verfahren, das solche Postulate erfahren: In der Sommersession eingereicht, wird der Bundesrat bis Ende September eine schriftliche Stellungnahme unterbreiten müssen. Wenn alles gut geht, dann kann das Postulat am 9. Oktober 1987 im Parlament zur Behandlung kommen und an den Bundesrat überwiesen werden. Im nächsten Frühjahr ungefähr wird wohl der Bundesrat den Kantonsregierungen einen Brief schreiben, und bis diese dann die bundesrätliche Aufforderung an die Autobahnbauer weitergeleitet haben, werden die Baumaschinen wahrscheinlich von allein das Feld geräumt haben ...

Lisette Chlämmerli



Verbrecher an der Natur